

der Meinung sein, daß wesentliche Anstöße, z. B. für die Erkenntnis von der Würde und Freiheit aller Menschen, aus der Offenbarung gekommen sind, daß aber heute die menschliche Vernunft mit ihrer geschichtlichen Erfahrung die Zukunftsplanung völlig in eigener Regie durchführt. Dolch sah ein Spezifikum der Mitarbeit von Christen darin, daß sie, denen durch ihre Glaubenswirklichkeit ein längerer Atem geschenkt wurde, nicht gleichsam durch Windmachen die Flammen noch höher schlagen lassen. Er erinnerte an die Millionen Christen, die durch die heutigen Glaubensauseinandersetzungen betroffen und verarmt sind. Der Christ hat sein Mitwirken an Heil und Hoffnung als ein Mitwirken mit Gott zu verwirklichen, als Bote, Zeuge und Diener des Heils. Würde sich dieses Mitwirken nur auf die Gestaltung des Tages, an dem die Herrlichkeit des Herrn anbricht, beziehen, dann wären die Mittel nur Erwartung und Gebet. Da aber auch die Gestaltung des morgigen Tages heilsträchtig ist, muß den Fragen nach der vertikalen und horizontalen *Heilsverwirklichung* nachgegangen werden. Im Spannungsfeld vertikaler Jenseitshoffnung und horizontaler Zukunftshoffnung müssen Christen einander einen Freiheitsraum der persönlichen Stellungnahme zubilligen. Der Christ wird besonders darauf achten müssen, daß nicht Methoden der Bewältigung technischer Probleme zu unvermittelt auf das Ringen um Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit übertragen werden.

Prof. B. Dreher (Bonn) betrachtete die ihm gestellte Aufgabe, „Hoffnung verkünden“, als den Testfall der ganzen Tagung, da ja alles vorher Gesagte an die letzte verantwortliche Stelle, an die Gemeinde heran kommen müsse. Das neue Verkündigungs-Prinzip ist die Wegweisung zur Hoffnung. Frohbotschaft ist Aufhellung menschlicher Wirklichkeit im Glauben. Die christliche Botschaft sei nur zu verkünden, insofern sie Antwort auf die Fragen des Menschen heute ist.

Das ganze Credo und jeder seiner Sätze müssen dieses Hoffnungselement aufzeigen. Der Prediger muß sich ständig neu fragen, wie dieses Wort von Christus heißt, das den Menschen neu Hoffnung macht, etwa daß Christus der Mensch ist, der den Einsatz wagt, radikal, eben bis zum Tod.

Um den Menschen Hoffnung in ihrer tragischen Schuld zusprechen zu können, muß er eintreten in die Ausweglosigkeit, wie sie etwa bei Camus geschildert ist. Zu solcher Verkündigung ist eine erfahrungsbestimmte und hoffnungsmachende Sprache notwendig. Das theologisch isolierte Vokabular muß überwunden werden. Nur so kommt die Theologie über Information und Spekulationen zur Interpretation der Daseinswirklichkeit.

Den Stand der Diskussion festgehalten

Trotz des frischen Tons und dem Bemühen, immer wieder hinter eine bloß linear innerweltlich verstandene Futurologie zurückzufragen, nach der spezifischen Hoffnungsstruktur des Christlichen, ließen die Referate, die durch eine Bildmeditation aus spanischen Apokalypsen des 10. und 11. Jahrhunderts vom Kölner Studen-

Zur fünften Sitzung des holländischen Pastoralkonzils

Man schien sich sehr wohl bewußt gewesen zu sein, daß die *vorletzte* Sitzung des niederländischen Pastoralkonzils in Noordwijkerhout (vom 4. bis 7. Januar) „ein wichtiges Ereignis“ werden würde, da „jetzt Nägel mit Köpfen“ gemacht werden müßten (vgl. „de nieuwe linie“, 3. 1. 1970).

Dies gilt besonders für die Vorlage über eine „fruchtbare und erneuerte Verwirklichung des Priesteramtes“, die neben einem Entwurf über das Ordensleben zur Beratung anstand. Man rechnete mit „lebhaften Reaktionen“ und bereitete sich auf einen „heilsamen Konflikt am Ende des langen Weges“ vor (vgl. „de bazuin“, 4. 1. 70). Die holländischen Bischöfe veröffentlichten aus Anlaß der fünften Sitzung einen auf einer vorbereitenden Priesterkonferenz angeregten *Hirtenbrief*. Darin wurde den Gläubigen für die finanzielle Unterstützung des immerhin recht kostspieligen Unternehmens gedankt, für das mehr als 1,3 Millionen Gulden aufgewendet werden müssen. Außerdem verfolgte das bischöfliche Schreiben den Zweck, das Kirchenvolk auf die Anliegen der fünften Sitzung des Pastoralkonzils vorzubereiten. Es wurde u. a. die Hoffnung ausgespro-

tenpfarrer W. Nyssen ergänzt wurden, viele Fragen offen. Selbst im Referat Sudbracks scheint es nicht ganz gelungen, gesellschaftliche Zukunftsvisionen und christliche Hoffnungsstruktur ohne vordergründige Harmonisierung in ihrem Bezug, der trotz aller Gleichgerichtetheit ein Bezug radikaler Verschiedenheit bleibt, insofern Gott als das Ganze eines futurologisch nicht ausschöpfbaren Sinngrundes mit den Teilhoffnungen planbarer Zukunft sich nicht einfach zusammenbringen läßt. Der Weg Christi zum Kreuz widerspräche dem radikal. Die Tagung verkörperte aber im Gedankenreichtum ihrer Referate in ausgezeichneter Weise den Stand der theologischen Diskussion zum Thema Hoffnung, wie er sich an einer neu aufkommenden eschatologischen Hoffnungstheologie entwickelt hat und wie man ihn vom Gespräch zwischen christlicher Hoffnungstheologie und neomarxistischer Zukunftsdeutung her kennt.

chen, daß jene, „die die Aufhebung der verpflichtenden Verbindung von Priestertum und Zölibat“ erstreben (was „viele Gläubige“ als „nicht unevangelisch“ betrachten würden), „das Band der Einheit mit der Weltkirche bewahren, auch wenn sie sich um die Verwirklichung der berechtigten Eigenart einer Ortskirche innerhalb der Gesamtheit der Weltkirche“ bemühen. War die *Einheit mit Rom* auch kaum wirklich gefährdet, so konnten doch Konflikte oder, wie Kardinal J. B. Alfrink in seiner Eröffnungsansprache im Zusammenhang mit der Erklärung über die von ihm bedauerte Abwesenheit des Pronuntius, Erzbischof A. Felici, formulierte, „Mißverständnisse“ nicht vermieden werden. Das persönliche Schreiben des Papstes an Kardinal Alfrink vom 24. Dezember 1969 (vgl. den Wortlaut ds. Heft, S. 79) war durchaus versöhnlich gehalten. Doch machte der Papst in der Sache ernste Bedenken wegen des kirchlichen Klimas in Holland und der Konzilsvorlagen geltend. Bedenken, ob das Denkmodell des Rapports auch „innerhalb der Weltkirche genügend Zustimmung finden wird und wie es mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil in Übereinstimmung

gebracht werden kann“, brachte auch der neue Bischof von Groningen, J. B. Möller, im Namen des holländischen Episkopats vor. Der Kardinal wies in einer eigenen Intervention darauf hin, daß es beim Zölibat um eine „in der Kirchengeschichte wichtige Sache“ gehe, zu der Papst Paul mehrfach eindeutig Stellung genommen habe. Es gelte auch, mehr den positiven Sinn des Zölibats und, im Hinblick auf die gegensätzlichen Anschauungen, beide Richtungen ernst zu nehmen.

Verstärkte Aktivität von Gegenströmungen

Schon auf einzelnen, der Konzils-sitzung vorausgegangenen Tagungen (z. B. am 24. 11. 69 in Doorn und am 28. 11. 69 in Roermond) wurden Proteste gegen den Entwurf über das Priesteramt geäußert, vor allem durch den Dekan von Echt, J. Th. Joosten, der als „persönlicher Delegierter“ von 267 Priestern der Diözese Roermond und im Namen der Priestervereinigung „Waarheid en Leven“ (gegen 1500 Mitglieder) sprach. Ebenfalls aus diesen Kreisen, die der sog. Confrontatie-Gruppe nahestehen, kam die 24seitige Broschüre des holländischen Alttestamentlers H. J. van Dijk SCJ, „L'Église Néerlandaise Catholique Réformée: son Credo et son ministère“, die Anfang Oktober in Nijmegen erschien und die Prälat E. Klausener im Berliner „Petrusblatt“ zum Ausgangspunkt kritischer Anmerkungen zum holländischen Pastoralkonzil machte. Van Dijk warf dem Entwurf „scheinheilige Phraseologie“ (a. a. O. S. 12) vor. Er neutralisiere die Autorität des Papstes, indem er ihm die Rolle „eines Generalsekretärs der Vereinigten Katholischen Kirchen“ zumute. Die „Reformatoren“ hätten sich zum Ziel gesetzt, „die Bischöfe zu entthronen“ (a. a. O. S. 17). Deshalb, so schloß das in Stil und Argumentation an mittelalterliche Kontroversschriften erinnernde Heft, sei man „verpflichtet, den Kampf gegen den Terror der Progressisten, den Terror der Niederländischen Katholisch-Reformierten Kirche“ fortzusetzen (a. a. O. S. 24). In seiner Intervention im Plenum sprach Joosten dem Pastoralkonzil „die Voraussetzungen echter Demokratie“ ab, weil nicht das ganze holländische Kirchenvolk vertreten sei. Er warf ihm vor, sein zu Beginn

(im November 1966) feierlich proklamiertes Ziel der Erneuerung im Sinne des Zweiten Vatikanischen Konzils verfehlt zu haben. Die Priestervorlage enthalte Umschreibungen von Kirche und Sakrament, „die nicht als katholisch angesehen werden können“. Der ausgebrochenen Diskussionswut wollte er eine Roßkur verordnen: Die Zölibatsdiskussionen und Zölibatsumfragen sollten „unter Aufsicht des Episkopats“ für drei Jahre unterbunden werden. Eine offizielle Stellungnahme zu dieser Erklärung, die einer der beiden deutschen Gastvertreter, Prälat G. Fittkau, der bei den Beratungen diesmal nicht anwesend war (die deutsche Bischofskonferenz war diesmal durch K. Jacoby, Weihbischof in Trier, vertreten) und die Ablehnung seiner Teilnahme in einem persönlichen Brief an den Generalsekretär des Pastoralkonzils, W. Goddijn, ausführlich begründet hatte, als „Glaubenszeugnis“ bezeichnete, auf das „die Kirche nicht nur in den Niederlanden einmal stolz sein“ werde, erfolgte nicht.

Ein weiterer Protest in Form einer Bittschrift an den Bischof von Roermond, P. Moors, kam von über 500 Teilnehmern einer am 3. Januar 1970 veranstalteten Bitt- und Bußwallfahrt und richtete sich gegen die „weitgehende Freisinnigkeit“ des Kurses in Noordwijkerhout und besonders gegen die „wesentlich un-katholischen“ Auffassungen der Vorlage über das Priestertum, die „die hierarchische Struktur der Kirche“ untergrabe.

Die sehr dringliche Ordensfrage

Weniger brisant war der an sich recht gründliche und instruktive Entwurf über das Ordensleben. Seine Bedeutung ergibt sich schon aus der Tatsache, daß in Holland fast 35 000 Ordensleute (mit ewigen Gelübden) und in den Missionen weitere 10 000 Religiösen niederländischer Herkunft wirken. Die Ordensaustritte haben in jüngster Zeit aber beängstigende Ausmaße angenommen. Allein im Jahr 1968 verließen 429 Religiösen ihren Orden; im Jahr zuvor waren es „nur“ 367 (vgl. ontwerp-rapport „de religieuzen“, S. 62). Das Ordensleben, so hieß es in der Vorlage, erscheine vielen heute nicht mehr erstrebenswert. Daher soll „das bewußte Suchen nach neuen Formen des religiösen Lebens im Geiste des Evan-

geliums, das sich in der konkreten Umwelt zu verwirklichen trachtet“, Ziel der Erneuerung sein. Zu erneuern seien die *Gemeinschaftsstruktur* und die *Sinngebung* des Ordenslebens. Man stellte eine allgemeine Tendenz zu kleineren Gemeinschaftsgruppen und eine Abkehr von Großkommunitäten fest, in denen die Uniformität, die Anonymität, der Mangel an persönlicher Freiheit als schwere Belastung empfunden werden (vgl. auch die im November 1969 vom „Orientatiecentrum“ für kirchliche Berufe in Tilburg herausgegebene und von T. Nuy OSB erarbeitete Untersuchung über „Nieuwe Religieuzen Leefgruppen“, die erste Erfahrungen analysiert). Man konstatierte eine „Entklerikalisierung“ des Ordenslebens und eine stärkere Betonung des „laikalen Charakters der religiösen Lebensform“, die mehr Beweglichkeit in der Anpassung an die Umweltsituation schaffe. Wie auf der Ende Oktober ebenfalls in Noordwijkerhout abgehaltenen holländischen Religiosenkonferenz (vgl. Herder-Korrespondenz 23. Jhg., S. 588) stand auch in der Diskussion vor dem Plenum, die hauptsächlich, aber nicht ausschließlich durch altersbedingte Anschauungs- und Meinungsgegensätze gekennzeichnet war, im Hintergrund die Frage nach der Bereitschaft, eine Erneuerung gegebenenfalls auch durch die Aufgabe von teils obsolet gewordenen Sonderformen und -privilegien klösterlicher Gemeinschaften anzubahnen.

Ein Vertreter einer „Protestgruppe“ von jungen Ordensleuten stellte das Pastoralkonzil als „restauratives Unternehmen“ an sich in Frage. Ihm war es ganz offensichtlich um Revolution zu tun. Konkrete Modelle wurden nicht vorgestelt. Und da der aufsehenerregende Versuch sechs holländischer Augustinerpatres, dem im April 1969 tagenden Regionalkapitel die Umformung der Provinz in eine lockere Ordensföderation vorzuschlagen, zu der auch Verheiratete zugelassen und in der freie Wahl der Tätigkeit und des Wohnsitzes gewährleistet werden sollte, am Widerstand des Generalrats des Augustinerordens in Rom scheiterte, wird es zunächst bei der Suche nach neuen Wegen und der Bereitschaft zum Experimentieren bleiben. Mit den im Brief des Papstes an Kardinal Alfrink monierten „gewissen Doppeldeutigkeiten und Abweichungen von

der kirchlichen Lehre“ wird man sich wohl noch auseinanderzusetzen haben ebenso wie mit den kritischen Anmerkungen des Sprechers der nichtkatholischen Gastvertreter, Prof. A. J. Bronkhorst, der neue Impulse auch zum Ordensverständnis des Protestantismus vermißte.

Die Priester — auf die Zölibatsfrage konzentriert

Wie bereits erwähnt, stand gerade der „ontwerp-rapport“ — „Naar een vruchtbaar en vernieuwend functioneren van de ambtsbediening“ im Mittelpunkt des Interesses. Hier schienen sich in einem vielleicht nur tiefenpsychologisch aufweisbaren Kristallisationsprozeß alle anderen drängenden Fragenkomplexe der Glaubenslehre und Kirchenstruktur angelagert zu haben. Nicht zufällig ist das auf der ersten Vollversammlung des Pastoralkonzils beratene *Autoritätsthema*, mit dem die Versammlung sich offensichtlich etwas übernommen hatte, nie in einigermaßen befriedigender Weise diskutiert worden (vgl. Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 63 f.). Die hier nicht ausdiskutierten Probleme mußten verdrängt werden, da die weiteren Vollversammlungen, höchstens mit Ausnahme der dritten, die über die sittliche Haltung des Christen in der Welt, über Ehe und Familie und die Persönlichkeitsentfaltung der Jugend beriet (vgl. Herder-Korrespondenz 23. Jhg., S. 57 ff.), kaum Gelegenheit boten, das Autoritätsproblem voll auszutragen. Die Zuspitzung dieser Thematik auf die Zölibatsfrage wurde zudem durch die Vorgänge um die Amsterdamer Studentenpfarrer (vgl. Herder-Korrespondenz 23. Jhg., S. 108) deutlich markiert und regelrecht präpariert. Durch die nicht zu erfüllenden Hoffnungen wegen des Bischofs-symposiums in Chur und der außerordentlichen römischen Bischofs-synode wurden so die *Spannungen* noch erheblich gesteigert. Nun konnten sie sich in den Abstimmungen über die pastoralen Empfehlungen der Entwürfe entladen: Für die Abschaffung der *Zölibatsverpflichtung* als Bedingung zum Priestertum stimmten 93, dagegen 2; drei Delegierte enthielten sich der Stimme. Für den Vorschlag, daß von den Priesterkandidaten das Versprechen der Ehelosigkeit nicht mehr gefordert werden sollte, stimmten 90, dagegen

6; Enthaltungen 2. Zur Forderung, die Bischöfe sollten grundsätzlich die Möglichkeit der Zulassung verheirateter Männer zum Priestertum schaffen und für annehmbare Vorbedingungen sorgen, votierten 94 Delegierte mit Ja, 1 mit Nein bei 3 Enthaltungen. Für das Votum, *verheiratete Priester* sollten ihr Amt ohne Einschränkung weiter ausüben dürfen, wenn sie die erforderlichen Voraussetzungen erfüllen, stimmten 86 Delegierte, dagegen drei bei neun Enthaltungen. (Dieses Votum enthielt auch den Vermerk, diesbezügliche Erfahrungen könnten über die dritte Bischofssynode 1971 der Gesamtkirche zugute kommen.) Das „Konzil“ fordert zudem die Bischöfe auf, alle diese Beschlüsse baldmöglichst zu verwirklichen (79 Ja, 6 Nein, 4 Enthaltungen). Interessant war auch noch die Abstimmung über das letzte Votum: die *Frauen* sollten zu allen Formen kirchlichen Dienstes zugelassen werden (72 Ja, 8 Nein, 24 Enthaltungen). Während die acht Bischöfe an den Abstimmungen über Fragen des Priesterzölibats nicht teilnahmen, stimmten sie über die letzte Frage mit ab (1 Ja, 4 Nein, 2 Enthaltungen).

Manche der übrigen Empfehlungen des Rapports, die auch nach der Erklärung des holländischen Episkopats als „bedeutend“ bezeichnet wurden, schienen über die Zölibatsdiskussion (zumindest vor dem Plenum) vergessen worden zu sein. Von unbestreitbarem Wert sind die Anregungen zur Glaubensvertiefung (S. 53), zur pastoralen, theologischen und allgemeinwissenschaftlichen sowie verwaltungstechnischen Weiterbildung der Priester (S. 56). Berechtigt scheint auch die Forderung nach einer besseren Hinführung auf den priesterlichen Dienst in der Kirche, nach Erneuerung der Seelsorgstrukturen, nach Erweiterung des Verantwortungsbereichs des Seelsorgers gegenüber dem Bischof, nach Verbesserung der Personalführung und der sozialen Lage der kirchlichen Amtsträger und nach Bildung einer Berufsvereinigung (S. 62). Trotz der theologischen Schwäche des Rapports, die nicht nur im Papstbrief bemängelt wurde (weil der Weihe- und Sakramentscharakter des Priesteramts darin kaum Berücksichtigung fand), finden sich darin doch auch Aussagen über das Verständnis des Priesteramts als „schöpferischen Dienst an der Gemeinde“, die „das

Evangelium“ zu verwirklichen suche (S. 26). Dieser Dienst gründe „ausdrücklich im Evangelium“ (S. 27).

Ein Votum, nicht mehr

Diese „Quasieinstimmigkeit“, die reichlich übertrieben als neue Etappe in der „Eskalation des kalten Krieges zwischen Rom und der holländischen Kirche“ bezeichnet wurde (vgl. „Le Monde“, 19. 1. 70), dürfte angesichts der bisherigen Umfrageergebnisse zu diesem Thema eigentlich kaum überraschen (im Herbst 1966 waren es 57%, im Frühjahr 1969 bereits 72% der befragten Katholiken Hollands, die sich gegen die Zölibatspflicht aussprachen. Ebenso ergab die „Priesterenquete“ eine Mehrheit von 74% für die „Entkoppelung“ von Priestertum und Zölibat).

Die Zölibatsfrage ist auch in der *Gesamtkirche* trotz der abwehrenden Haltung Roms und eines großen Teils des Weltepiskopats längst nicht mehr tabu. Zudem hat das Votum des Pastoralkonzils keinerlei unmittelbare kirchenrechtliche Wirkungen. Kardinal Alfrink hatte dies in seiner Eröffnungsansprache nochmals ausdrücklich betont. Schließlich ist das holländische Pastoralkonzil nicht das einzige Gremium, das bisher ein solches Votum abgab. Die Kopenhagener Diözesansynode vom August 1969 hat sich ebenfalls mit großer Mehrheit für die Trennung von Priesteramt und Zölibat ausgesprochen. Nach einer dpa-Meldung (13. 1. 70) sollen sich erst jetzt wieder getrennte Versammlungen von Priestern und Bischöfen im brasilianischen Nordosten „einstimmig für die Einschränkung des Pflichtzölibats und die Wiedereingliederung verheirateter Priester in den Seelsorgedienst ausgesprochen haben.

Ähnliche Voten von *Priestersolidaritätsgruppen* (auch deutschen) brauchen hier nicht eigens erwähnt zu werden. Die holländische *Septuagintgruppe*, die sich wohl am leidenschaftlichsten für die „Entkoppelung“ von Priesteramt und Zölibat eingesetzt hat, revidierte schließlich doch noch das von einigen Mitgliedern etwas vorschnell verkündete Vorhaben, die Zölibatsverpflichtung ab sofort als abgeschafft zu betrachten. Offensichtlich wollte man die Lage des Episkopats nicht noch mehr erschweren. Die Diskussion, die ja selbst der Papst nicht verboten hat, dürfte

allerdings in einer weniger emotional aufgeladenen und von überflüssigen Ressentiments gereinigten Atmosphäre der nüchternen Abwägung erfolgreicher werden. Beispiel eines solch sachlich wertvollen und unpolemischen Beitrags dürfte jene Erklärung sein, die von einem Sprecher der aus Laien und Priestern gebildeten Aktionsgruppe „Weltkirche“ vor dem Plenum verlesen wurde und in der u. a. darauf hingewiesen wurde, daß es ein Priesterproblem gibt, das „wichtiger und dringlicher“ ist als die Zölibatsfrage, nämlich die Vertrauens- und Glaubwürdigkeit des Priesters vor seiner Gemeinde, die oft nicht wisse inwieweit das, was verkündet wird, noch authentisches Glaubensgut sei. Davon will wohl niemand in Holland etwas wirklich aufgeben.

Eine Absichtserklärung

Die holländischen Bischöfe wären sicher überfordert gewesen, wenn sie bereits in ihrer Konferenz vom 19. Januar eine glatte Entscheidung im Sinne der Mehrheitsvoten getroffen hätten. Im Sinne einer mittleren Lösung sprachen sie sich für die grundsätzliche Beibehaltung des kirchlichen Zölibatsgesetzes aus, entschieden sich aber zugleich für die Zulassung Verheirateter zum Priestertum. Damit ist Holland zwar das erste Land, das sich diese Empfeh-

lung amtlich zu eigen macht, doch ist gerade diese in kirchenamtlichen Kreisen auch anderswo seit längerer Zeit in Diskussion. Die Vereinigung deutscher Pastoraltheologen hat sich auf ihrer Tagung Anfang Januar ebenfalls für die Zulassung Verheirateter zum Priestertum ausgesprochen, und selbst der Präfekt der Kleruskongregation, Kardinal *J. Wright*, hatte sich anlässlich der römischen Bischofssynode in dieser Richtung geäußert. Die holländischen Bischöfe gingen allerdings noch einen Schritt weiter, indem sie sich nicht nur für die Zulassung Verheirateter zur Ordination, sondern auch für die fallweise Wiederzulassung ehemaliger, inzwischen verheirateter Kleriker zum vollen geistlichen Amt aussprachen. Diese Entscheidung der Bischöfe war gewiß ein überlegter, in seinen Konsequenzen langfristig aber weitreichender Schritt; als Affront gegen Rom oder gar als Revolte gegen den Papst, wie die Tagespresse übertreibend und wenig sachkundig kommentierte, konnte sie nur dann aufgefaßt werden, wenn man dort das Zölibatsgesetz als Ganzes und in jedem Fall unangetastet wissen möchte. Der Brief des Papstes an Kardinal *Alfrink* erweckt allerdings diesen Eindruck. Andererseits betonen die Bischöfe nochmals, nur in Abstimmung mit der Gesamtkirche handeln zu wollen.

Verstärkter Druck auf die Kirche in der Slowakei

Die politischen Veränderungen der letzten Monate und der verstärkte Einfluß der konservativ-dogmatischen Kräfte der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei auf das Leben der Republik, macht sich auch in einem zunehmenden Druck auf die Kirche in der Slowakei bemerkbar. Schon Anfang 1969, als in Prag noch *A. Dubček* und einige Reformpolitiker die letzten Errungenschaften des Tschechoslowakischen Frühlings 1968 zu retten versuchten, erklärte der damalige Erste Sekretär der slowakischen Kommunisten und seit 17. April 1969 Nachfolger *Dubčeks* in der Führung der gesamten KPČ, *G. Husák*, daß eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunisten in neuen Bedingungen auch der Kampf gegen

den „politischen Klerikalismus“ ist. Die Bemerkung *Husáks*, der durch seine kirchenfeindliche Haltung in der Zeit von 1948 bis zu seiner Verhaftung 1951 bekannt war, wurde nicht nur als eine Kampfansage an den „politischen Klerikalismus“ aufgefaßt, den es in der Slowakei in den Jahren 1968 und 1969 so gut wie nicht gab. Man verstand sie vielmehr als Anzeichen einer Verkrampfung in den Beziehungen zwischen dem Staat und der KPČ auf der einen und der Kirche und dem Klerus auf der anderen Seite. Diese Befürchtungen wurden in der zweiten Hälfte des Jahres 1969 voll bestätigt. Nach den ersten Säuberungen in der kommunistischen Partei selbst, kann man feststellen, daß neben dem sogenann-

ten „Rechtsopportunismus“, „Antisowjetismus“ und „Antisozialismus“ die Kirche zum maßgeblichen Feind der „sozialistischen Ideologie“ erklärt wurde.

Verschärfung atheistischer Propaganda

Wie aus Berichten der slowakischen Presse und des Rundfunks zu entnehmen ist, wurden bei den Kreiskomitees der KPČ wieder die Aktive der atheistischen Propagandisten erneuert. So wurde auf der Sitzung des Präsidiums des Kreiskomitees der Mittelslowakei festgestellt, daß „sich die römisch-katholische und evangelische Kirche stark aktiviert hatten“ („Pravda“, 27. 11. 69). Das Präsidium mußte sogar feststellen, daß „viele Parteimitglieder sich zur Religion bekennen, und daß die ideologische Erziehung der Jugend, leider auch oft mit Hilfe der Staatsorgane, unter den Einfluß der Kirchen geraten ist“. Um die wissenschaftlich-atheistische Erziehung wieder zu verbessern, wurde beschlossen, daß bei den ideologischen Kommissionen der Kreise Gruppen von Aktivisten und Lektoren zu bilden sind, die sich der Verbreitung des wissenschaftlichen Atheismus widmen. Aber es ging nicht nur um die Parteiarbeit. Das Präsidium des Kreiskomitees beschloß, daß „in die Stellungen der Kirchensekretäre der Kreisnationalausschüsse ideologisch ausgereifte Genossen berufen werden sollen“. Bei dieser Institution der Kirchensekretäre handelt es sich um Funktionäre der Staatsorgane, die für die Kirchenpolitik in jedem einzelnen Kreis verantwortlich sind und die z. B. Umsetzungen in Pfarreien anordnen können und so unbegrenzte Möglichkeiten der Einmischung und Kontrolle aller kirchlichen Aktivitäten haben. Ähnlich wie in der Mittelslowakei befaßte sich das Kreiskomitee der KPČ der Ostslowakei mit ideologischen Problemen. In einer angenommenen Resolution heißt es, daß es zu den Aufgaben der Kommunisten im Kreis gehört, „wieder den Kampf zur Vertiefung der weltanschaulichen Erziehung zu entfalten, die reaktionäre Religionsideologie, die Anstrengungen der einzelnen Kirchen um die Wiedergewinnung politischer Positionen und den Einfluß auf die Werk tätigen zu enthüllen“ (Tschechoslowakischer Rundfunk, Košice, 5. 12. 69).